Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

Jahrgang 1939

Nr. 4

ausgegeben am 20. Januar 1939

Gesetz

vom 18. Januar 1939

über die Einführung des Verhältniswahlrechtes

Aufgrund der Art. 2, 46, 49, 53 und 66 der Verfassung erteile Ich nachfolgendem Landtagsbeschlusse vom 11. Januar 1939 Meine Zustimmung:

A) Verfahren vor der Wahl

I. Wahlvorschläge

Art. 1

1. Aufforderung

1) Gleichzeitig mit der Aufforderung der Gemeindevorstellungen durch die Regierung über die richtige und vollständige Eintragung der Stimmberechtigten ihrer Gemeinde hat die Regierung durch die Landesblätter zur Einreichung von Wahlvorschlägen für den bezüglichen Wahlbezirk aufzufordern.

2) Sie hat dabei die einschlägigen Gesetzesbestimmungen auszugsweise bekanntzugeben.

Art. 2

2. Frist, Form und Inhalt

1) Die Einreichung der Wahlvorschläge hat binnen 14 Tagen schriftlich zu erfolgen.

2) Jeder Wahlvorschlag muss von wenigstens 30 Stimmberechtigten des Wahlbezirkes eigenhändig unterschrieben und die Echtheit der Unterschrift entweder von einem Gemeindevorsteher, einem Vermittler, vom Landrichter oder Gerichtsschreiber bestätigt sein, sofern die Anmeldung nicht von einer gleichen Zahl bei der Regierung mündlich erfolgt.

3) Die Unterschrift muss so erfolgen, dass über die Person des Unterzeichners keine Zweifel bestehen können. Es sind daher nötigenfalls nähere Angaben über Beruf, Wohnort usw. beizufügen.

4) Wahlvorschläge mit weniger als 30 Unterschriften bleiben unberücksichtigt.

5) Ein Stimmberechtigter kann nur auf einer Liste unterzeichnen und ein Unterzeichner kann nach Einreichung der Liste seine Unterschrift nicht mehr zurückziehen.

Art. 3

3. Bevollmächtigte

1) Wer in der Reihenfolge der Unterzeichner zu oberst steht, gilt mangels anderer ausdrücklicher Anordnung als der Bevollmächtigte. Im Falle der Verhinderung oder der Abwesenheit gehen diese Obliegenheiten an den nächstfolgenden Unterzeichner über u.s.f.

2) Der Bevollmächtigte ist den Behörden gegenüber berechtigt und verpflichtet, alle für die Unterzeichnung und Behandlung des Vorschlages nötigen Handlungen vorzunehmen und Erklärungen abzugeben.

Art. 4

4. Einsichtnahme, Anspruch und Bereinigung

1) Die Wahlvorschläge sind bei der Regierung zur Einsicht für die Stimmberechtigten des Wahlbezirkes aufzulegen.

2) Einsprachen gegen die Stimmberechtigung der Unterzeichner sind, samt den erforderlichen Belegen, bis spätestens 2 Tagen nach Ablauf der Eintragsfrist bei der Regierung einzureichen.

3) Wenn aus den mit der Einsprache eingereichten Belegen mit Sicherheit hervorgeht, oder wenn der Regierung sonstwie bekannt ist, dass ein oder mehrere Unterzeichner nicht stimmberechtigt sind, oder wenn glaubhaft dargetan wird, dass eine oder mehrere Unterschriften nicht

echt sind, so hat die Regierung die Namen der betreffenden Unterzeichner zu streichen.

4) Ferner ist von Amts wegen zu streichen die Unterschrift eines solchen Unterzeichners, der mehr als einen Wahlvorschlag unterschrieben hat, oder im nämlichen Wahlvorschlag auch als Kandidat bezeichnet ist.

5) Bleiben infolge dieser Streichungen nicht mehr 30 Unterzeichner übrig, so hat die Regierung den bevollmächtigten Unterzeichner einzuladen, die fehlenden Unterschriften innert 2 Tagen zu ersetzen.

6) Jeder neue Unterzeichner hat die Echtheit seiner Unterschrift gemäss der Vorschrift über die Echtheitsbestätigung beim ursprünglichen Wahlvorschlag bestätigen zu lassen oder sie bei der Regierung beizusetzen, andernfalls ist mangels rechtzeitiger Erfüllung dieser Bedingungen der Wahlvorschlag als dahingefallen zu betrachten.

7) Wenn keine rechtzeitigen Einsprachen eingegangen oder diese von der Regierung als unbegründet abgewiesen worden sind oder wenn auftauchende Mängel bereinigt sind, so ist der Wahlvorschlag als gültig eingereicht zu behandeln ohne Rücksicht auf erst nach erfolgter Prüfung auftauchende Mängel. Diesbezügliche Entscheidungen der Regierung sind endgültig.

Art. 5

5. Bezeichnung der Wahlvorschläge

1) Jeder Wahlvorschlag muss als Überschrift eine Parteibezeichnung (Bezeichnung von Wählergruppen oder dergleichen) tragen.

2) Sollten mehrere Wahlvorschläge mit der gleichen Bezeichnung oder Wahlvorschläge ohne Bezeichnung eingegeben werden, so hat die Regierung sofort für jeden Wahlvorschlag den Bevollmächtigten der Unterzeichner einzuladen, innert 2 Tagen, bei sonstiger Ungültigkeit des Wahlvorschlages, für leicht unterscheidbare Bezeichnungen der Listen Sorge zu tragen, wobei Parteibezeichnungen bereits bestehender Parteien für neue Wählergruppen nicht verwendet werden dürfen. Im Streitfalle entscheidet die Regierung nach Anhörung der Parteiorgane.

Art. 6

6. Ersatzkandidaten

Die Wahlvorschläge dürfen höchstens 3 im Unterland und höchstens 4 im Oberland, im Falle einer stillen Wahl oder Wahl ohne Wahlgang höchstens 6 bzw. 8 Kandidaten mehr enthalten bzw. zum Vorschlag bringen als im betreffenden Wahlkreis Mandatare gewählt werden sollen. Die genannte Überzahl von 3 bzw. 4 oder 6 bzw. 8 Kandidaten sind von den eigentlichen Wahlkandidaten als Ersatzkandidaten zu unterscheiden.

Art. 7

7. Bezeichnung

1) Die Kandidaten müssen im Wahlvorschlage so genau bezeichnet werden, dass über die vorgeschlagenen Personen keine Zweifel bestehen können. Es sind deshalb den Namen nötigenfalls Angaben über Beruf, Wohnort usw. beizufügen.

2) Entspricht ein Wahlvorschlag diesen Anforderungen nicht, so hat die Regierung sofort den Bevollmächtigten der Unterzeichner einzuladen, den Wahlvorschlag innert 2 Tagen zu ergänzen, ansonst die Namen jener Kandidaten, über deren Person Zweifel bestehen, auf dem Wahlvorschlag gestrichen werden.

8. Bereinigung der Wahlvorschläge

Art. 8

a) im allgemeinen

1) Die Regierung hat sofort nach Ablauf der Eingabefrist (Art. 2) oder nach Bereinigung des Wahlvorschlages (Art. 7 Abs. 2) den vorgeschlagenen Kandidaten eine Abschrift des betreffenden Wahlvorschlages durch eingeschriebenen Brief, oder mit Rückschein versehen, durch einen Amtsboten zuzustellen, mit dem Beifügen, dass die Annahme der Kandidatur vorausgesetzt werde, wenn nicht binnen 24 Stunden seit Zustellung eine gegenteilige Erklärung von ihm abgegeben werde.

2) Eine Rückfrage an die Kandidaten entfällt, wenn vor Vornahme derselben eine schriftliche Annahme-Erklärung bei der Fürstlichen Regierung vorliegt. Eine Annahme-Erklärung kann nicht mehr zurückgezogen werden, wenn nicht ausserordentliche, durch die Regierung zu prüfende Umstände dies rechtfertigen.

3) Lehnt der Vorgeschlagene die Kandidatur ab, so wird sein Name auf dem Wahlvorschlag gestrichen.

Art. 9

b) mehrfache Aufnahme derselben Personen

1) Der Name der nämlichen Kandidaten darf im gleichen Bezirke nicht mehr als in einem Wahlvorschlag stehen, andernfalls hat die Regierung nach Ablauf der Eingabefrist dem mehrfach Vorgeschlagenen Abschriften der betreffenden Wahlvorschläge zuzustellen mit der Einladung, sofort zu erklären, welchem Vorschlag er zugeteilt sein wolle. Geht in der ihm gesetzten Frist keine Erklärung ein und ist er nur in einem Wahlvorschlag als Wahlkandidat, in den übrigen aber als Ersatzkandidat bezeichnet, so teilt ihn die Regierung dem ersten Wahlvorschlag zu.

2) In den anderen Fällen wird von der Regierung durch das Los bestimmt, welchem Wahlvorschlag der Kandidaten zuzuteilen ist. Auf den anderen Wahlvorschlägen hat die Regierung den Namen des mehrfach Vorgeschlagenen zu streichen.

Art. 10

c) Mitteilung von der Streichung o. Ablehnung

1) Die Regierung setzt den Bevollmächtigten der Unterzeichner des Wahlvorschlages von den wegen Ablehnung oder mehrfachen Wahlvorschlages erfolgten Streichungen sofort in Kenntnis mit der Mitteilung, dass binnen 2 vollen Tagen von der Mitteilung ab Ersatzvorschläge gemacht werden können. Den Ersatzvorschlägen ist die schriftliche Erklärung der Vorgeschlagenen, dass sie die Kandidatur annehmen, beizulegen.

2) Fehlt diese Erklärung oder steht der Vorgeschlagene schon auf einem anderen Wahlvorschlag des Wahlbezirkes, so ist der Ersatzvorschlag zurückzuweisen.

Art. 11

II. Fristen

Die Regierung ist ermächtigt, auf dem Beschlusswege die in den Art. 1 bis 9 angeführten Fristen zu erstrecken, sofern dies im Interesse einer

geordneten Abwicklung des Verfahrens als gerechtfertigt erscheint. Die Fristberechnung erfolgt nach dem Gesetz über die allgemeine Landesverwaltungspflege.

Art. 12

III. Wahllisten

1) Die so entstandenen Wahlvorschläge heissen Wahllisten. Es darf an denselben nichts mehr geändert werden.

2) Die Regierung hat sofort sämtliche Wahllisten mit ihren Parteibezeichnungen, jedoch ohne die Namen der Unterzeichner, in der vorgeschlagenen Reihenfolge der Wahl- und Ersatzkandidaten in den amtlichen Bekanntmachungsblättern und in den Organen der Wählergruppen, die einen gültigen Wahlvorschlag eingereicht haben, je einmal zu veröffentlichen.

3) Die Veröffentlichung sämtlicher Wahllisten hat gleichzeitig zu erfolgen, und zwar in der Reihenfolge, in der die Wahlvorschläge nach Art. 2 der Regierung eingereicht worden sind.

Art. 13

IV. Stimmzettel

1) Zur Vornahme der Wahl dürfen nur amtliche Stimmzettel Verwendung finden. Diese amtlichen Stimmzettel werden am Wahltage von der Regierung dem Vorsitzenden der Gemeindewahlkommission in genügender Auflage zur Verfügung gestellt und die Gemeindewahlkommission hat die Wahlzettel ebenfalls in genügender Auflage gemäss den Bestimmungen von Art. 14 aufzulegen.

2) Die Fürstliche Regierung stellt für jede der eingereichten Wahllisten separate Stimmzettel zur Verfügung. Diese haben die Kandidaten in der von den einzelnen Wählergruppen eingereichten Reihenfolge mit genügender Adressangabe zu enthalten. An dem Kopf des Stimmzettels ist der Name der betreffenden Wählergruppe zu setzen. Nicht amtlich vorgedruckte Stimmzettel sind als ungültig zu erklären.

Art. 14

V. Wahlvorgang

1) Die amtlich zur Verfügung gestellten Stimmzettel sind von der Gemeindevahlkommission frühestens eine halbe Stunde vor Wahlbeginn in die geschlossenen Wählerzellen, die in dem Wahllokal aufzustellen sind, für jede der eingereichten Wahllisten in genügender Zahl aufzulegen.. Auch sind Reservebestände zurückzubehalten. Gleichzeitig sind in den Wahllokalen amtliche Kuverts bereitzuhalten und eines dem Wähler bei Anmeldung auszuhändigen.

2) Nach vorhergehender Anmeldung bei dem Vorsitzenden der Wahlkommission betritt der Wähler die Zelle, bedient sich eines der dort aufliegenden Stimmzettels und gibt denselben nach eventuell vorgenommenen Änderungen in ein Kuvert verschlossen an der Wahlurne ab. Nicht in einem Kuvert verschlossene Stimmzettel sind zurückzuweisen.

3) Wegen körperlicher Gebrechen (Alter, schlechtes Augenlicht usw.) behinderte Wähler können über Bewilligung der Gemeindevahlkommission einen Vertrauensmann zur Mithilfe in die Wahlzelle mitnehmen.

4) Dem Wähler ist gestattet, an dem amtlichen Stimmzettel handschriftliche Streichungen oder Änderungen vorzunehmen, immerhin unter den in Art. 15 bis 19 enthaltenen Einschränkungen.

5) Es kann nur solchen Kandidaten gestimmt werden, welche auf einem gültigen Wahlvorschlage (einer Wahlliste) stehen.

B) Ermittlung des Wahlergebnisses

VI. Wahlen in den Gemeinden

Art. 15

1. Im allgemeinen

1) Nach Schluss der Wahl stellt die Gemeindevahlkommission das Gemeinde-Ergebnis fest und ermittelt zu diesem Zweck:

1. Die Zahl der abgegebenen Stimmzettel und diejenigen der wirklich Stimmenden.
2. Die Zahl der gültigen Stimmzettel, die auf jede der amtlich veröffentlichten Wahllisten gefallen sind - Listenstimmen -, wobei die Mehr-

heit der den einzelnen Wählergruppen zugehörigen Wahlkandidaten die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Wählergruppe entscheidet.

- 2) Ist eine Mehrheit nicht ersichtlich, entscheidet die Parteibezeichnung.
3. Die Zahl der für jeden einzelnen Kandidaten abgegebenen gültigen Stimmen - Kandidatenstimmen.
4. Die Zahl der leeren und der gänzlich ungültigen Stimmzettel.

Art. 16

2. Prüfung der Stimmzettel

1) Für die Prüfung der Stimmzettel gilt als Grundsatz, dass die Stimmgebung als gültig zu betrachten ist, wenn über den Inhalt derselben keine begründeten Zweifel walten können. Die leeren und ganz ungültigen Stimmzettel fallen bei der Berechnung des Wahlergebnisses ausser Betracht. Ergibt sich bei der Öffnung eines Kuverts bzw. bei der Entfaltung der Stimmzettel, dass mehrere Stimmzettel gleichzeitig abgegeben wurden, so sind alle ungültig, es sei denn, dass neben einem amtlichen Stimmzettel ein leerer oder ein nichtamtlicher sich befindet, oder dass zwei oder mehrere ganz gleichlautende Stimmzettel abgegeben wurden, bzw. dass eine Wählerliste in mehreren Exemplaren unverändert oder in mehreren Exemplaren der gleichen Änderung versehen abgegeben wurde, oder dass neben einem abgeänderten ein nicht abgeänderter derselben Wählergruppe abgegeben wird. In letzterem Fall gilt der abgeänderte.

2) Enthält ein Stimmzettel mehr Namen für Wahlkandidaten, zuzüglich mehr als die in Art. 6 vorgesehene Zahl für Ersatzkandidaten, als Wahlen zu treffen sind, so sind die überzähligen Namen zu streichen, und zwar von unten nach oben und ohne Rücksicht darauf, ob sie geschrieben oder gedruckt sind.

3) Findet sich auf einem Stimmzettel der gleiche Name mehrmals vor, so wird er nur einmal gezählt.

4) Enthält ein Stimmzettel Kandidaten, die in keiner der eingereichten Wählerlisten aufscheinen, so sind dieselben von der Wahlkommission zu streichen.

3. ungültige Stimmzettel

Art. 17

a) im allgemeinen

Ganz ungültig sind:

1. Stimmzettel, denen nicht mit Sicherheit der Name irgendeines der vorgeschlagenen Kandidaten zu entnehmen ist.
2. Stimmzettel, die Bemerkungen beleidigenden oder ehrenverletzenden Inhaltes enthalten.
3. Handgeschriebene oder gedruckte Stimmzettel nichtamtlicher Natur.
4. Stimmzettel, die keine oder andere Parteibezeichnungen tragen als wie sie in den amtliche veröffentlichten Wahllisten enthalten sind. Änderungen in der Parteibezeichnung sind nicht beachtlich.
5. Stimmzettel, die Zeichen zum offenkundigen Zweck einer ungerechtfertigten Kontrolle durch eine Wählergruppe oder einzelne enthalten.

Art. 18

b) ungültige Kandidatenstimmen

Als Kandidatenstimmen sind ungültig diejenigen:

- a) die auf eine solche Person fallen, die in keiner der eingereichten Wählerlisten als Kandidat vorgeschlagen ist;
- b) die einen Kandidaten ungenau bezeichnet.

Art. 19

4. Mitteilungen an die Kommission des Hauptwahlortes

1) Die Gemeindewahlkommission wird paritätisch bestellt von dem Gemeinderat über Nomination der Wählergruppen. Personen, die zur Wahl kandidieren, sind sowohl von der Teilnahme an der Gemeindewahlkommission wie von der Kommission des Hauptwahlortes ausgeschlossen.

2) Sofort nach beendigter Zählung hat der Vorstand der Gemeindewahlkommission der Kommission des Hauptwahlortes mitzuteilen:

1. Die Zahl der gültigen Stimmzettel, die auf eine jede einzelne der Wahllisten gefallen ist.

2. Die Zahl der für jeden einzelnen Kandidaten abgegebenen gültigen Stimmen.

Art. 20

5. Protokoll

1) Über die Verhandlungen der Gemeindewahlkommission ist ein Protokoll zu führen, das von allen Mitgliedern der Kommission zu unterzeichnen ist.

2) Das Protokoll soll enthalten:

1. Die Namen der Mitglieder der Kommission.
2. Die nach Art. 15 vorzunehmenden Feststellungen.
3. Allfällige Erklärungen oder Verwahrungen, deren Aufnahme ins Protokoll verlangt wird.

3) Die Stimmzettel sind als Beilage zum Protokoll nach beendigter Zählung sorgfältig in haltbare Umschläge zu verpacken, diese mit der Überschrift "Stimmzettel" zu versehen, zu versiegeln und von mindestens 2 Angehörigen der Gemeindewahlkommission, und zwar von je einem Vertreter der beiden stärksten Wählergruppen der Kommission des Hauptwahlortes persönlich zu überbringen.

VII. Bezirkswahlergebnis

Art. 21

1. Im allgemeinen

1) Die Kommission des Hauptwahlortes (Vaduz, Mauren) wird jeweils von der Fürstlichen Regierung über Nomination der Wählergruppen paritätisch bestimmt und derselben Vertreter der Regierung beigegeben.

2) Gestützt auf die nachgeprüften Mitteilungen der Gemeinde-Ergebnisse hat die Kommission des Hauptwahlortes in Anwendung der in Art. 21 bis 24 enthaltenen Bestimmungen das Wahlergebnis zu ermitteln.

Art. 22

2. Zuteilung der Mandate an die Wählergruppen

1) Die Gesamtzahl aller in einem Bezirk gültig abgegebenen Listenstimmen wird durch die um eins (1) vermehrte Zahl der zu wählenden Vertreter (mit Ausschluss der Ersatzkandidaten bzw. stellvertretenden Abgeordneten) geteilt und das Teilungsergebnis immer auf die nächstfolgende ganze Zahl erhöht.

2) Diese erhaltene Zahl heisst Wahlzahl.

3) Finden sich Listen vor, welche nicht 18 % der Stimmberechtigten des betreffenden Wahlkreises erreicht haben, so fallen sie für die Zuteilung von Mandaten ausser Betracht. Die betreffenden Wählergruppen erhalten weder ein Grundmandat noch ein Restmandat. Bezüglich der verbleibenden Wahllisten wird das Verfahren in Abs. 1 wiederholt.

4) Jeder Wahlliste wird hierauf sovielmal ein Vertreter zugeteilt, als die Wahlzahl in der Zahl der für diese Wahlliste abgegebenen Listenstimmen enthalten ist.

5) Ergibt diese Verteilung nicht so viele Mitglieder des Landtages als zu wählen sind, so werden die noch zu vergebenden Mandate denjenigen Listen zugeteilt, welche die grössten Stimmenreste aufweisen.

6) Haben 2 oder mehr Wahllisten auf die letzten zu vergebenen Mandate ein gleiches Anrecht, so hat jene Liste den Vorzug, bei welcher der nach Art. 23 in Betracht kommenden Kandidat die grösste Stimmenzahl aufweist. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los.

7) Für den Fall, als eine Mehrheitspartei aufgrund der Wahlergebnisse infolge der Zuteilung von Restmandaten in oben bestimmter Form weniger Kandidaten erhält als eine Partei mit einem im ganzen Land zusammengefasst geringeren Stimmenergebnis, so sind bei Zuteilung der Restmandate die Reststimmen aller Wahlkreise zusammenzulegen und die Restmandate an die einzelnen Wählergruppen gemäss Abs. 5 und 6 dieses Artikels nach dem Reststimmenergebnis des Landes als ein Wahlkreis zu vergeben.

8) Hiezu treten die beiden Hauptwahlkommissionen im gegebenen Falle zur Beratung und Beschlussfassung zusammen.

Art. 23

3. Bestimmung der Abgeordneten

1) Von jeder Wahlliste sind so viele als gewählt zu erklären, als ihr gemäss Art. 22 Mandate zugeteilt worden sind, und zwar jene Kandidaten, die am meisten Stimmen erhalten haben.

2) Bei gleicher Stimmenzahl ist der auf der Wahlliste in der Reihenfolge früher genannte Kandidat als gewählt zu erklären.

3) Wenn eine Wahlliste besondere Vorschläge für Wahlkandidaten und für Ersatzkandidaten enthält, so erfolgt die Zuteilung der Mandate zuerst an die als Wahlkandidaten vorgeschlagenen. Ersatzkandidaten können erst dann in Betracht fallen, wenn einer Partei mehr Mandate zukommen als sie Wahlkandidaten auf der Wahlliste vorgeschlagen hat.

Art. 24

4. Zuteilung von Mandaten

1) Sollten einer oder mehreren Wahllisten mehr Kandidaten zuzuteilen sein als sie Namen enthalten, so sind vorerst alle ihre Wahl- und Ersatzkandidaten gewählt.

2) Die übrigen Mandate werden nach dem in Art. 22 und 23 vorgeschriebenen Verfahren auf die anderen Wahllisten verteilt.

Art. 25

5. Fehlende Wahlvorschläge und Wahllisten, Losziehung

1) Falls kein Wahlvorschlag eingegeben worden ist und demnach keine Wahllisten vorliegen, so sind jene Wahlfähigen gewählt, die am meisten Stimmen erhalten haben.

2) Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los.

Art. 26

6. Losziehung

Die Ziehung des Loses (Art. 22 und 25) findet durch den Präsidenten der Kommission des Hauptwahlortes in Anwesenheit der Mitglieder

derselben statt, und zwar unbeschädigt der Wahlprüfung durch den Landtag.

Art. 27

7. Bestimmung der stellvertretenden Abgeordneten

1) Als stellvertretende Abgeordnete im Sinne von Art. 46 und 49 der Verfassung sind von der Hauptwahlkommission diejenigen der Wahlkandidaten zu erklären, die auf der Wahlliste der betreffenden Wählergruppe unter den nichtgewählten Kandidaten am meisten Stimmen erhalten haben (Anwendung des Art. 23). Sind Wahlkandidaten nicht mehr vorhanden, so treten die Ersatzkandidaten im Sinne von Art. 6 als stellvertretende Abgeordnete in Funktion.

2) Bei gleicher Stimmenanzahl ist der auf der Liste in der Reihenfolge früher genannte Kandidat als stellvertretender Abgeordneter zu erklären. Sollte eine Gemeinde aufgrund des Wahlergebnisses kein Mandat zugewiesen bekommen, so ist für diese Gemeinde aus derjenigen Wählergruppe ein stellvertretender Abgeordneter zu bestimmen, deren Kandidat am meisten Stimmen erhalten hat, und zwar ohne Rücksicht auf die Stimmenzahl oder die Reihenfolge dieses Kandidaten in der Wählerliste. Diese stellvertretenden Abgeordneten sollen im Landtage bei Behandlung eines ihre Gemeinde betreffenden Gegenstandes anstelle eines andern Abgeordneten der Wählergruppe vom Landtagspräsidenten über Antrag der Gemeindebehörden einberufen werden.

Art. 28

8. Vorgang und Abschluss der Protokolle

1) Die Kommission des Hauptwahlortes hat über die Verhandlungen ein Protokoll zu führen. Sie entscheidet unter Zuzug der Gesamtregierung endgültig über die Zuteilung der Mandate. Damit die Mitwirkung dieser Gesamtregierung in der Ermittlung des Wahlergebnisses ermöglicht wird, wird die Überprüfung der Stimmzettel und die endgültige Festlegung der Mandate von den beiden Hauptwahlkommissionen nacheinander vorgenommen, und zwar ermittelt unmittelbar nach erfolgter Wahl zuerst die Kommission des Hauptwahlortes Mauren das Ergebnis für den Wahlkreis Unterland. Bis zur Inangriffnahme der Kontrolle und bei eventuell notwendigen Unterbrechungen werden die Stimmzettel von je einem Vertreter der beiden stärksten Wählergruppen versiegelt, in einem Tresor der Sparkasse in Vaduz verwahrt, derart, dass nur beide Bevollmächtigte zusammen über den Tresor verfügen können.

2) Die Stimmzettel sind nach vorgenommener Prüfung und Abschluss des Verfahrens der Mandatszuteilung zu vernichten. Bei der Überprüfung der Stimmzettel sind je 1 Vertrauensmann der beiden stärksten Wählergruppen aus den Gemeindevahlkommissionen bis zur Überprüfung des Wahlergebnisses ihrer Gemeinde zuzuziehen.

3) Das Protokoll ist der Regierung vorzulegen, worauf diese den Gewählten die Wahlurkunde zustellt und die Veröffentlichung der Wahlergebnisse anordnet.

4) Der Landtag überprüft die Wahlergebnisse aufgrund der Protokolle.

Art. 29

VIII. Rücktritt oder dergleichen

1) Wird während der Amtsdauer durch Rücktritt, Tod, Abberufung oder anderweitiger dauernder Verhinderung in der Ausübung des Mandates ein Mandat frei, so ist für dasselbe vom Landtag derjenige gewählt zu erklären, der auf der nämlichen Wahlliste, auf welcher der zu Ersetzende stand, unter den nichtgewählten Wahlkandidaten und, wenn kein solcher mehr vorhanden ist, unter den Ersatzkandidaten, am meisten Stimmen erhalten hatte.

2) Bei gleicher Stimmenanzahl ist der auf der Liste in der Reihenfolge früher genannte Wahl- bzw. Ersatzkandidat als gewählt zu erklären.

3) Sind auf der betreffenden Liste keine nichtgewählten Kandidaten mehr vorhanden, so hat der Landtag nach Art. 53 der Verfassung Ergänzungswahlen anzuordnen.

Art. 30

IX. Wahl ohne Wahlvorgang. Stille Wahl

1) Wenn bei Wahlen nur ein Wahlvorschlag eingereicht worden ist und die Zahl der Vorgeschlagenen die Zahl der zu Wählenden nicht mehr als 6 bzw. 8 (Art. 6) Kandidaten überschreitet, so sind über Beschluss der Regierung die Vorgeschlagenen als gewählt zu erklären, und zwar in der auf dem Wahlvorschlag aufscheinenden Reihenfolge. Die über die Zahl der zu vergebenden Mandate hinaus Vorgeschlagenen sind als stellvertretende Abgeordnete im Sinne von Art. 46 und 49 der Verfassung zu erklären.

2) Wird von einer oder mehreren Parteien, die zusammen bei den letzten Landtagswahlen mehr als 80 % der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigten, eine Einheitsliste eingebracht, so sind, ungeachtet der Wahlvorschläge anderer Gruppen im Sinne des obigen Absatzes, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Bekanntmachung der Einbringung einer Einheitsliste im obigen Sinne mindestens 400 Stimmberechtigte bzw. bei Vornahme der stillen Wahl getrennt nach Wahlkreisen 250 im Oberland und 150 im Unterland durch Abgabe ihrer Unterschrift vor dem Gemeindevorsteher ihrer Wohnsitzgemeinde Einsprache erheben, die auf der Einheitsliste vorgeschlagenen im Sinne von Abs. 1 dieses Artikels von der Fürstlichen Regierung als gewählt zu erklären. Der Beschluss ist als endgültig in den Landesblättern zu veröffentlichen. Beim letztgenannten Vorgang der Wahl ohne Wahlgang (stille Wahl) kann das Land einen Wahlkreis bilden.

3) Erhebt aber binnen 14 Tagen die im vorhergehenden Absatz festgesetzte Anzahl Stimmberechtigter in der im vorgenannten Absatz bestimmten Form Einsprache gegen eine stille Wahl, so ist von der Regierung ein Wahlgang anzuordnen. Es dürfen jedoch in der Regel neue Wahlvorschläge nicht mehr eingereicht werden. Jedoch kann die Regierung zur Abänderung bereits eingebrachter, oder zur Neueinbringung von Wahlvorschlägen bei Vorhandensein wichtiger Gründe eine Frist von höchstens 5 Tagen ansetzen.

4) Ist eine Einsprache nicht erfolgt, so ist den als gewählt Erklärten die Wahlurkunde zuzustellen.

C) Straf-, Schluss- und Übergangsbestimmungen

Art. 31

X. Strafbestimmungen

Wer unter einen Wahlvorschlag (Art. 1 und 2) eine andere Unterschrift als die seinige gesetzt hat oder, entgegen der Vorschrift von Art. 12 und Art. 13, Stimmzettel mit gedruckten oder sonst auf mechanischem Wege vervielfältigten Abänderungen der amtlich veröffentlichten Stimmlisten erstellt oder verbreitet oder dies veranlasst, oder wer durch absichtliche Verrichtung, Entfernung oder Beschreibung anderer Wahlzettel als des seinigen die ordentliche Durchführung der Wahl stört, unterliegt wegen Übertretung einer Geldbusse bis zu 500 Franken, im Nichteinbringungsfalle einer Arreststrafe bis zu einem Monat, womit im

Rückfälle bei erschwerenden Umständen die Einstellung im Aktivbürgerrecht bis auf die Dauer von 3 Jahren verbunden werden kann.

Art. 32

XI. Abänderung der früheren Gesetze

1) Mit dem Zeitpunkt der Anwendung dieses Gesetzes sind alle mit demselben in Widerspruch stehenden Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Ausübung der politischen Volksrechte in Landesangelegenheiten aufgehoben bzw. abgeändert. Aufgehoben sind insbesondere: Das Gesetz vom 21. Februar 1932, LGBl. 1932 Nr. 9, betreffend Abänderung des Gesetzes vom 31. August 1922, LGBl. 1922 Nr. 28; für die Landtagswahl Art. 13 Abs. 2, 3, Art. 14 Abs. 1, 2 und 3, Art. 15, Art. 16 Abs. 1, 2, 3, 5, 7, Art. 17 des Gesetzes vom 31. August 1922 betreffend Ausübung der politischen Volksrechte in Landesangelegenheiten. Eine Ersatzwahl im Sinne von Art. 18 des Gesetzes vom 31. August 1922 findet nur statt, wenn nach dem in diesem Gesetze vorgesehenen Nachrückungssystem für Ersatz nicht gesorgt werden kann.

2) Die übrigen, dem vorliegenden Gesetze nicht widersprechenden Bestimmungen des erwähnten Gesetzes vom 31. August 1922 kommen bei den Wahlen für die Mitglieder des Landtages ebenfalls zur Anwendung.

Art. 33

XII. Inkrafttreten

1) Dieses Gesetz wird als dringlich erklärt und tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft.

2) Die Regierung ist beauftragt, alle zur Ausführung dieses Gesetzes nötigen Anordnungen sofort zu treffen.

Vaduz, am 18. Januar 1939

gez. Franz Josef

gez. Dr. Hoop